

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 08.12.2022,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:44 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Silke Sommers	Bocholt
Markus Schulte	Gronau
Markus Jasper	Heek
Annette Demes	Ahaus
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Johannes Maus	Velen
Stephanie Pohl	Gescher
Christel Wegmann	Rhede
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Otger Harks	Stadtlohn
Daniel Höschler	Bocholt
Jens Steiner	Heek
Vera Timotijevic	Bocholt
Dietmar Eisele	Ahaus
Jörg von Borczyskowski	Gronau
Kevin Schneider	Isselburg

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Michael Weitzell	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Franziska Stegger	
Laura Telaar-Wewering	
Louis Lammersmann	

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Kai Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Personen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.09.2022**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 22.09.2022 wird genehmigt.

**Punkt 2: Fortführung Klimaschutzpreis „Klima macht Schule“ 2023
Vorlage: 0313/2022/KREIS**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstand zum Klimaschutzpreis 2022 zur Kenntnis. Der Klimaschutzpreis 2023 wird als Wettbewerb für Grundschulen und weiterführende Schulen ausgelobt. Die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel erfolgt aus Restmitteln des Klimaschutzbudgets 2022.

**Punkt 3: Evaluation Klimawochen 2022
Vorlage: 0353/2022/KREIS**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Die Evaluation der Klimawochen 2022 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Anpassung der Entgeltregelung der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH für die Abfallentsorgung
Vorlage: 0378/2022/KREIS**

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten Entgeltregelung der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen ab dem 01.01.2023 wird zugestimmt.

**Punkt 5: 2. Controllingbericht zum 30.09.2022
Vorlage: 0339/2022/KREIS**

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Zwicker berichtet, es gebe laut zweitem Controllingbericht Verschlechterungen bei den Versorgungsaufwendungen.

Kreiskämmerer Kersting teilt mit, der erste Controllingbericht habe gegenüber der Planung noch Verbesserungen aufgewiesen. Jetzt seien allerdings Verschlechterungen in verschiedenen Kategorien erkennbar.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erkundigt sich, ob die Coronaausgaben sowie Kosten für die Ukraine bereits mitberücksichtigt worden seien.

Hierzu führt Kreiskämmerer Kersting aus, entsprechende Erträge im Haushalt könnten gegengerechnet werden. Hierdurch ließen sich Differenzen ausgleichen. Die Coronakosten seien in der Regel durch den Bund oder das Land gedeckt worden.

Der Kreistag nimmt den zweiten Controllingbericht zum 30.09.2022 zur Kenntnis.

Punkt 6: Ausgleich des coronabedingten Schadens bei der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH für das Jahr 2023
Vorlage: 0360/2022/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Kreisausschussmitglied Steiner teilt mit, an der Lage habe sich derzeit nichts verändert und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag in dieser Form nicht zustimmen.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski merkt an, der Flughafen Münster-Osnabrück (FOM) sei nicht stark frequentiert. Die UWG-Fraktion glaube nicht an eine Zukunft des Regionalflughafens. Die Landesregierung solle dafür sorgen, dass die Zahl der Regionalflughäfen reduziert werde.

Die SPD-Fraktion sehe den Flughafen kritisch, dennoch werde sie dem Beschlussvorschlag zustimmen, fügt Kreisausschussmitglied Lindenhahn hinzu.

Kreisausschussmitglied Schulte erinnert an die Vergangenheit. Hier hätten Fraktionen schon einmal in ähnlicher Konstellation zugestimmt. Zudem handle es sich hier um Corona-Belastungen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreis Borken beteiligt sich an der Zuführung von Eigenkapital an die Flughafen Münster/Osnabrück GmbH in Höhe von 46.180 Euro für das Jahr 2023.
2. Die Vertretung des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH wird angewiesen, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
3. Sämtliche Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 2.0 und des coronabedingten Schadens vorgesehen sind, daran beteiligen.

Punkt 7: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge
Vorlage: 0286/2022/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Neue Sportförderrichtlinie für den Kreis Borken
Vorlage: 0377/2022/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Anpassung der Richtlinie des Kreises Borken zur Förderung des Sports wird in der Anlage (Anlage 1) zu dieser Beschlussfassung beigefügten Form beschlossen:

Punkt 9: Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Städte Ahaus, Borken, Gronau und des Kreises Borken
Vorlage: 0333/2022/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski begrüßt die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle. Er bittet darum, die Anzahl der Adoptionen und Pflegefamilien in der Niederschrift darzustellen.

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf den Geschäftsbericht aus dem Jahr 2022. Über die Anzahl der Adoptionen und Pflegefamilien solle im Rahmen der Niederschrift und über die Entwicklung im Laufe des Jahres im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.

Der Fachbereich Jugend und Familie des Kreises Borken teilt auf Nachfrage folgende Daten in Bezug auf die Anzahl von Adoptionen und Pflegefamilien mit:

	2017	2018	2019	2020	2021
Kreisjugendamtsbezirk	8	3	1	4	13
Vermittlung in Ahaus, Borken, Gronau	5	4	6	7	6

Für das Kalenderjahr 2022 liegen noch nicht alle Zahlen vor. Der vorläufige Stand für 2022 liegt bei elf Adoptionen im Kreisjugendamtsbezirk. Die Zahl der Vermittlungen in Ahaus, Borken und Gronau liegt bei vier Adoptionen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreisjugendhilfeausschuss stimmt der Anpassung der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der Städte Ahaus, Borken, Gronau und des Kreises Borken auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (**Anlage 1**) zu.

Punkt 10: Entwurf der 2. Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken 2021/22 mit den aus dem Beteiligungsprozess entwickelten Handlungsempfehlungen
Vorlage: 0355/2022/KREIS/1

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt die 2. Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken 2021/22 und erklärt diese als nicht verbindliche Planung.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen a) bis e) beauftragt.

Punkt 11: Weiterführung des Projektes "Praxismonat Allgemeinmedizin" zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Borken
Vorlage: 0315/2022/KREIS/1

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet über das Projekt „Praxismonat Allgemeinmedizin“. Hierbei gebe es einen hohen „Klebeffekt“ für die Region, da grundsätzlich mehr als die Hälfte der teilnehmenden Studierenden dem Kreis Borken insoweit erhalten geblieben seien, als dieser zumindest eine weitere Station ihrer Ausbildung erneut im Kreis, z. B. im Krankenhaus oder bei einem niedergelassenen Arzt, absolviert hätten.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erkundigt sich, wo die Personen nach dem Studium verblieben.

Kreisausschussmitglied Eisele fragt zudem, wer über den Verbleib im Kreis Borken entscheide.

Nach Abschluss des Programms hätten zwei der Praxismonat-Teilnehmenden im Kreisgebiet als Krankenhausärztinnen bzw. als niedergelassene Ärztinnen ihre Tätigkeit aufgenommen, erläutert Kreisdirektor Dr. Hörster. Darüber hinaus gebe es viele weitere Personen, welche im Rahmen des Praxismonats eine Station im Kreis Borken wahrgenommen hätten.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt, die verschiedenen Aktivitäten des Weiterbildungsverbundes mit dem „Praxismonat Allgemeinmedizin“ fortzuführen. Die Mittel in Höhe von jährlich 20.000 € sollen im Haushalt 2023 bis 2025 – Budget 04 – zur Verfügung gestellt werden. Haushälterisch ist Vorsorge dafür zu treffen, dass die geplante Maßnahme im März 2023 tatsächlich weitergeführt werden kann.

Punkt 12: Antrag Fraktionen SPD und B90/DIE GRÜNEN vom 31.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022 (Sitzung vom 03.02.2022) auf "Einrichtung einer Koordinationsstelle Demografischer Wandel" im Kreis Borken (Produkt 01.01.03 - Hilfen bei Pflegebedürftigkeit)
Vorlage: 0324/2022/KREIS/1

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 12.1: Einführung der Gesundheits- und Senioren-App "Gut versorgt in..."
Vorlage: 0324/2022/KREIS/2

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 13: Antrag Fraktionen B90/DIE GRÜNEN und UWG vom 31.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022 (Sitzung vom 03.02.2022) auf "Förderung des ehrenamtlichen Engagements" im Kreis Borken
Vorlage: 0325/2022/KREIS/1

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 14: Umsetzung des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst - Nachtrag zum Stellenplan 2022
Vorlage: 0392/2022/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erkundigt sich, ob neues Personal eingestellt worden sei.

Hierauf antwortet Kreisdirektor Dr. Hörster, es seien sowohl Ärzte als auch Sozialarbeiter eingestellt worden.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt aufgrund der Förderung durch den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) rückwirkend zum 01.01.2022 als Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 die Einrichtung von 1,15 weiteren Planstellen.

Punkt 15: Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2022 für den vorgezogenen Austausch von Servern
Vorlage: 0396/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag genehmigt im Haushaltsjahr 2022 eine überplanmäßige Auszahlung gem. § 83 GO NRW von 775.000 Euro für den vorgezogenen Austausch von Servern, damit verbleibende Fördermittel aus dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) für diese Maßnahme noch innerhalb des Verwendungszeitraums bis zum 31.12.2022 eingesetzt werden können.

Punkt 16: Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes
Vorlage: 0294/2022/KREIS/1

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Landrat Dr. Kai Zwicker weist zunächst auf die einstimmige Empfehlung des zuständigen Fachausschusses hin.

Kreisausschussmitglied Harks berichtet, es ergebe sich für Stadtlohn durch den Verlust des Krankenhauses eine ganz neue Situation. Die Transportwege von dortigen Patienten hätten sich verlängert. Des Weiteren wirft er die Frage auf, ob dort Hilfsfristen des Rettungsdienstes weiterhin eingehalten werden könnten, da sich die RTW-Zeiten doch verlängern würden.

Die Hilfsfristen hätten bei der Kalkulation des Gutachtens Berücksichtigung gefunden, antwortet Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow. Außerdem gebe es eine neue Rettungswache in Schöppingen. Weiter teilt sie mit, dass die Fahrten zwar länger seien, aber es infolge der neuen Situation neue Krankentransporte gebe, welche die Versorgung ebenfalls sicherstellten.

Kreisausschussmitglied Steiner spricht von einer komplexen Thematik. Er verweist auf die guten Zahlen im Kreis Borken und erklärt, es werde fortlaufend geprüft, an welchen Stellen weitere Verbesserungen erforderlich seien.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Borken wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rettungsdienstbedarfsplan festgelegten Maßnahmen umzusetzen.

Punkt 17: Neufassung der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: 0295/2022/KREIS/1

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die fortgeschriebene Anlage, insbesondere auf die Änderung auf Seite 2 oben.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren vom 15.12.2022 wird beschlossen.

Punkt 18: Förderprogramm Batteriespeicher
Vorlage: 0338/2022/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Dr. Zwicker berichtet, im Fachausschuss sei der Beschluss mit großer Mehrheit, bei fünf Enthaltungen getroffen worden.

Kreisausschussmitglied Eisele begrüßt das Förderprogramm. Ältere Anlagen seien in der Vergangenheit mit einer niedrigeren kW/h-Leistung gebaut worden. Es mache Sinn, kleinere Anlagen bei der Förderung miteinzubeziehen oder eine weitere Säule der Förderung aufzubauen.

Landrat Dr. Zwicker informiert, das Ziel sei die Förderung möglichst vieler größerer Anlagen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn wirft die Frage auf, ob bekannt sei, warum sich bislang nur eine geringe Personenanzahl für die Förderung interessiere.

Dies liege zum einen an der Marktlage. Zum anderen entfalle ab dem kommenden Jahr die Umsatzsteuer bei der Anschaffung, erläutert der Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues. Wegen des Wegfalls der Umsatzsteuer ab 2023 werde die Förderung um einen weiteren Jahreszyklus verlängert. Außerdem berichtet Herr Grothues, die Zahl der antragsberechtigten Anlagen werde sich von ca. 500 auf etwa 1.000 Anlagen verdoppeln.

Landrat Dr. Zwicker teilt mit, die Anregung von Herrn Eisele werde in der kommenden Woche bis zum Kreistag geklärt.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

- (1) Der Sachstand zur Umsetzung des Förderprogramms für stationäre Batteriespeicher im Rahmen der Allianz für Klimaschutz wird zur Kenntnis genommen.
- (2) Der Kreistag beschließt die Verlängerung der Förderrichtlinie Batteriespeicher bis zum 31.12.2023. Ab 01.01.2023 können Betreiber von PV-Dachflächen-Anlagen, die vor dem 01.01.2005 in Betrieb genommen worden sind, einen Antrag zur Förderung eines stationären Batteriespeichers im Rahmen der Richtlinie stellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinie entsprechend anzupassen. Die bisher nicht verausgabten diesbezüglichen Haushaltsmittel werden für 2023 erneut zur Verfügung gestellt.

Punkt 19: Prüfauftrag Zertifizierung Fairtrade-Towns
Vorlage: 0200/2022/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Es wird beschlossen, als Kreis Borken an der Kampagne *Fairtrade-Towns* teilzunehmen und die Auszeichnung als *Fairtrade-Town* anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der *Fairtrade-Towns* Kampagne erfüllt werden.
2. Bei allen Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse sowie im Büro des Landrats werden Fairtrade Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgeschrieben.

3. Dem untenstehenden Vorschlag zum weiteren Fortgang sowie der Besetzung der Lenkungsgruppe wird zugestimmt.

Punkt 20: Solidaritätspartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion v. 03.11.2022
Vorlage: 0334/2022/KREIS

Berichtersteller: Landrat Dr. Kai Zwicker

Landrat Dr. Zwicker berichtet, eine Solidaritätspartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine sei bereits mit dem polnischen Partnerkreis Breslau erörtert worden der über vielfältige Kontakte in die Ukraine verfüge. Landrat Dr. Zwicker begrüßt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zumal bereits eine Reihe von Hilfstransporten aus dem Westmünsterland auf den Weg gebracht worden seien. Den Gedanken einer Partnerschaft wolle man nach Kriegsende in der Ukraine weiter aufgreifen. Aufgrund der aktuellen Lage in der Ukraine sei zunächst konkrete Hilfe erforderlich, die über den Kreis Breslau erfolge.

Kreisausschussmitglied Steiner befürwortet dies, als Zeichen der Solidarität.

Kreisausschussmitglied Höschler stimmt diesem zu, bittet allerdings um Verschiebung der Beschlussfassung in den Kreistag, damit noch eine Beratung in der SPD-Fraktion erfolgen könne.

Kreisausschussmitglied Schneider informiert, die FDP-Fraktion wolle dem Ansinnen folgen. Sie befürwortet zudem eine Partnerschaft anzustreben, sobald der Krieg beendet sei.

Die CDU-Fraktion könne sich dem Ansatz ebenfalls anschließen, teilt Kreisausschussmitglied Schulte mit.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski unterbreitet, durch ein solches Vorgehen sende man ein Signal.

Landrat Dr. Kai Zwicker erklärt, der Tagesordnungspunkt werde auf die Kreistagssitzung verschoben und die Verwaltung werde dazu einen Beschlussvorschlag formulieren, der die Einbindung des Landkreises enthalte.

Beschluss: zurückgestellt/vertagt

Punkt 21: Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen für das Linienbündel BOR 5
Vorlage: 0298/2022/KREIS/1

Berichterstatteerin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 1 mit der Stadt Bocholt zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für den Linienabschnitt der Linie 731 auf dem Gebiet der Stadt Bocholt abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 3 mit dem Kreis Coesfeld zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linien 761 und R61 auf dem Gebiet des Kreises Coesfeld abzuschließen.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage 1 und 3 nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Punkt 22: Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen für das Linienbündel BOR 7
Vorlage: 0299/2022/KREIS

Berichterstatter: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 1 mit dem Kreis Recklinghausen zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linien 721, 724 und R21/295 auf dem Gebiet des Kreises Recklinghausen abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage 1 nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Punkt 23: Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen für das Linienbündel BOR 9
Vorlage: 0300/2022/KREIS/1

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 1 mit der Stadt Bocholt zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linien 750, 751, 752, R51 und R52 auf dem Gebiet der Stadt Bocholt abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 2 mit dem Kreis Coesfeld zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linie R51 auf dem Gebiet des Kreises Coesfeld abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 3 mit dem Kreis Kleve zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linie R52 auf dem Gebiet des Kreises Kleve abzuschließen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage 1 und 3 nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Punkt 24: Abschluss öffentlich-rechtlicher Delegationsvereinbarungen für das Linienbündel BOR 10
Vorlage: 0301/2022/KREIS/1

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schweronzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 1 mit dem Kreis Coesfeld zur Übertragung der Vergabezuständigkeit für die Linienabschnitte der Linie 781 auf dem Gebiet des Kreises Coesfeld (bisher dortige Linie 582) abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage 1 nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Punkt 25: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft zur gemeinsamen Vergabe einer Mobilitätsuntersuchung
Vorlage: 0304/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisausschussmitglied Eisele fragt, weshalb die Aufgabe nicht durch ZVM-Bus wahrgenommen werde.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow teilt mit, dies liege an der Umsatzsteueränderung. Es erfolge eine gemeinsame Vergabe, damit keine Umsatzsteuer weitergegeben werde.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft zur gemeinsamen Vergabe einer Mobilitätsuntersuchung zu schließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Punkt 26: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 5
Vorlage: 0305/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt, das Fahrplanangebot des Linienbündels BOR 5 (R 61, 731, 761, 762, 774, 776) gemäß den in der Anlage beigefügten Liniensteckbriefen und Fahrplänen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des

3. Nahverkehrsplan des Kreises Borken.
2. Der Kreis Borken behält sich bei einem eigenwirtschaftlichen Betrieb des Linienbündels BOR 5 vor, auf der Linie R 61 zusätzliche Fahrten für die (teilweise) Einrichtung eines 30-min-Takts während des Bedienungszeitraums insb. während der Hauptverkehrszeit in einem wettbewerblichen Verfahren an Dritte zu vergeben. Hierauf hat der Kreis Borken bei der Vorabkennzeichnung entsprechend hinzuweisen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren des Linienbündels BOR 5 einzuleiten.

Punkt 27: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 7
Vorlage: 0306/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt, das Fahrplanangebot des Linienbündels BOR 7 gemäß den in der Anlage beigefügten Liniensteckbriefen und Fahrplänen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des 3. Nahverkehrsplan des Kreises Borken.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren des Linienbündels BOR 7 einzuleiten.

Punkt 28: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 9
Vorlage: 0307/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt, das Fahrplanangebot des Linienbündels BOR 9 (R 51, R 52, 750, 751, 752) gemäß den in der Anlage beigefügten Liniensteckbriefen und Fahrplänen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des 3. Nahverkehrsplan des Kreises Borken.
2. Der Kreistag beschließt, die zum Linienbündel gehörende Linie 61 zur klareren Unterscheidung von der Linie R61 (Linienbündel BOR 5) umzubenennen in Linie R52.
3. Der Kreis Borken behält sich bei einem eigenwirtschaftlichen Betrieb des Linienbündels BOR 9 vor, auf den Linien R 51 und R 52 zusätzliche Fahrten für die (teilweise) Einrichtung eines 30-min-Takts während des Bedienungszeitraums insb. während der Hauptverkehrszeit in einem wettbewerblichen Verfahren an Dritte zu vergeben. Hierauf hat der Kreis Borken bei der Vorabkennzeichnung entsprechend hinzuweisen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren des Linienbündels BOR 9 einzuleiten.

Punkt 29: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 10
Vorlage: 0308/2022/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt, das Fahrplanangebot des Linienbündels BOR 10 (781 und 782) gemäß den in der Anlage beigefügten Liniensteckbriefen und Fahrplänen anzupassen. Die angepassten Liniensteckbriefe werden Bestandteil des 3. Nahverkehrsplan des Kreises Borken.
2. Die Linien 886 und 887 werden aus dem Linienbündel BOR 10 ausgegliedert. Der Nahverkehrsplan wird entsprechend angepasst.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren des Linienbündels BOR 10 einzuleiten.

Punkt 30: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker

Kreisausschussmitglied Steiner weist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umbesetzung des Ausschusses für Kultur und Sport hin.

Landrat Dr. Kai Zwicker antwortet, der Antrag werde in der kommenden Kreistagssitzung beraten.

Punkt 31: Mitteilungen der Verwaltung

Kreiskämmerer Kersting führt aus, er wolle über das aktuelle Urteil des Finanzgerichts Münster in Sachen „Förderung des Tierheims Ahaus“ in der Kreistagssitzung näher informieren.

Punkt 32: Anfragen

Punkt 32.1: Mitarbeiter in der Covid 19-Nachverfolgung

Berichterstatter: Kreisausschussmitglied Daniel Höschler
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisausschussmitglied Höschler erkundigt sich nach der Situation der Mitarbeiter in der „Covid 19-Nachverfolgung“. Er fragt, wie die Verwaltung zu den befristeten Arbeitsverträgen stehe und ob angedacht sei, Abhilfe zu schaffen.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow teilt mit, es gebe keine Planstellen. Teilweise sei für die Stellen eine befristete Refinanzierung durch das Robert-Koch-Institut (RKI) erfolgt. Folglich werde auch das Auslaufen der Stellen durch das RKI vorgegeben. Es habe seitens der Verwaltung Angebote gegeben, Mitarbeiter nach ihrer Tätigkeit in das „normale“ Verwaltungsgeschäft zu übernehmen. Einige Personen seien so bereits eingestellt worden.

Punkt 32.2: Bundesweiter Warntag 2022

Berichterstatterinnen: Kreisausschussmitglied Vera Timotijevic
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Kreisausschussmitglied Timotijevic erkundigt sich ob beim bundesweiten Warntag, im Kreis Borken die alarmierende Technik funktioniert habe.

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow antwortet, die Rückmeldungen aller Feuerwehren im Kreis seien noch nicht vollständig. Aber die Informationen aus den kreisangehörigen Kommunen seien positiv. Das Cell Broadcasting selbst erfolge in Verantwortung der Telefonanbieter.

gez.

Landrat Dr. Zwicker

gez.

Louis Lammersmann